

Sonderstück

eingbracht am 15.01.2019, 09:05:56

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAbg. Günter Wagner (FPÖ), LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ), LTAbg. Dr. Werner Murgg (KPÖ)

Fraktion(en): FPÖ, KPÖ

Zuständiger Ausschuss: -

Regierungsmitglied(er): Landesrat Mag. Christopher Drexler, Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl, Landesrätin Mag. Doris Kampus, Landesrätin Mag. Ursula Lackner, Landesrat Anton Lang, Landeshauptmann-Stv. Mag. Michael Schickhofer, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Landesrat Johann Seitinger

Betreff:

Verlangen auf Durchführung einer Volksbefragung gemäß Art. 74 Abs. 2 Z 3 und Abs. 3 Landes-Verfassungsgesetz 2010 iVm § 82 Abs. 2 und Abs. 4 lit. d Steiermärkisches Volksrechtesgesetz zur Klärung der Frage, ob im Bezirk Liezen ein „Leitspital“ errichtet werden soll

Begründung:

Am 21. Juni 2017 wurde in der Landes-Zielsteuerungskommission der „Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ beschlossen. Teil des Plans ist die Neustrukturierung der steirischen Spitalslandschaft. So sollen etwa im Bezirk Liezen die drei bestehenden Krankenhausstandorte in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming in einem „Leitspital Liezen“ aufgehen. Dadurch würden laut der Landesregierung die medizinischen Kapazitäten gebündelt und in Zukunft mehr Fächer angeboten werden als derzeit an den bisherigen drei Standorten zusammen. Die Spitäler in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming sollen als Gesundheitszentren bzw. Facharztzentren fortgeführt werden. Eine Umsetzung des Projekts ist bis zum Jahr 2025 beabsichtigt.

Gegen das Vorhaben „Leitspital Liezen“ gab es von Anfang an zahlreiche kritische Stimmen innerhalb der steirischen Bevölkerung – insbesondere im Bezirk Liezen selbst. So spricht sich etwa die „Bürgerinitiative Standorterhaltung Spitäler“ (BISS) klar für den Erhalt der drei bestehenden Krankenhausstandorte aus. Seitens der Initiative wird argumentiert, dass die Errichtung eines zentralen Krankenhauses und die gleichzeitige Umwandlung der Spitäler in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming in Gesundheitszentren bzw. Facharztzentren eine Verschlechterung der Versorgungssituation bedeuten würde. Es sei zudem zu befürchten, dass durch das Vorhaben die Region infrastrukturell weiter ausgedünnt und Arbeitsplätze verloren gehen. Ein großes Problem sehen die Initiatoren auch im Zusammenhang mit den nach wie vor ungelösten Verkehrsproblemen im Bezirk Liezen und daraus resultierenden längeren Spitalsanfahrtszeiten. Eine entsprechende Petition der Bürgerinitiative wurde von mehr als 17.000 Bürgern unterstützt. Auch auf gemeindepolitischer Ebene findet sich großer Widerstand gegen das Projekt „Leitspital Liezen“. So forderte die Stadtgemeinde Rottenmann im November 2018 den Landtag Steiermark bzw. die Verantwortlichen der steirischen Landesregierung per Petition zum Standorterhalt des Krankenhauses Rottenmann auf.

Trotz der massiven Bedenken im Bezirk Liezen hielt die Landesregierung bisher an ihrem Vorhaben fest und verkündete im Mai 2018, dass das neue Krankenhaus aller Voraussicht nach in der Gemeinde Stainach-Pürgg entstehen werde, wobei ein geeignetes Grundstück noch erworben werden müsse. Die mutmaßlichen Errichtungskosten bezifferte Gesundheitslandesrat Christopher Drexler zum damaligen

Zeitpunkt mit 250 Millionen Euro. Das neue Krankenhaus solle zudem über 226 Betten verfügen und von der KAGes sowie der Diakonie betrieben werden. Bezüglich der Finanzierung sei noch nicht entschieden, ob diese klassisch (ausschließlich aus Landesmitteln) oder im Rahmen eines „PPP-Modells“ (Beteiligung privater Institutionen) erfolgen werde.

Unabhängig davon, wie man der von der Landesregierung geplanten Neugestaltung der Spitalslandschaft im Bezirk Liezen gegenübersteht, ist angesichts der strukturellen und finanziellen Dimensionen des Projekts „Leitspital Liezen“ eine erhöhte demokratiepolitische Legitimation unerlässlich. Schließlich würde die Errichtung eines Zentralkrankenhauses eine massive Verlagerung von Patientenströmen, Arbeitsplätzen und Verkehrswegen für viele Menschen im Bezirk Liezen zur Folge haben. Ob die regionale Bevölkerung den Weg der Landesregierung gehen möchte oder doch eine Beibehaltung der derzeitigen Spitalstandorte bevorzugt, wird wohl nur im Zuge einer Volksbefragung abschließend geklärt werden können. Dieses Vorgehen ist zweifelsohne auch im Interesse der Landesregierung selbst, würde eine Zustimmung zum Regierungsvorhaben schließlich einen entsprechenden Rückhalt für weitere gesundheitspolitische Vorhaben bedeuten.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer anlässlich einer potentiellen Olympiabewerbung der Städte Graz und Schladming im vergangenen Jahr bereits für eine Befragung der Bevölkerung ausgesprochen hat. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Auswirkungen der Errichtung eines „Leitspitals Liezen“ für die Menschen des Bezirks Liezen weit längerfristiger sind als Olympische Spiele, ist eine Befragung vor der tatsächlichen Krankenhausneustrukturierung jedenfalls eine demokratiepolitische Notwendigkeit.

Zweifelsohne drängt sich in diesem Zusammenhang die Durchführung einer Volksbefragung gemäß Artikel 74 Landes-Verfassungsgesetz 2010 geradezu auf. Schließlich dient die entsprechende Bestimmung, die in den §§ 82 ff Steiermärkisches Volksrechtsgesetz eine nähere Ausgestaltung findet, der Erforschung des Willens der Landesbürger hinsichtlich künftiger, das Land betreffende politische Entscheidungen und Planungen. Da es in diesem Fall um die Versorgungsstrukturen des Bezirkes Liezen geht, ist eine regionale Volksbefragung wohl am besten zur Willensfindung geeignet. Angesichts des Umstandes, dass bisher eine dahingehende Initiative von der Landesregierung bedauerlicherweise unterblieben ist, muss der Landtag Steiermark als politisches Gremium ein derartiges Vorgehen sicherstellen.

Es wird von den unterfertigten Abgeordneten daher der

Antrag

gestellt, die Landesregierung möge gemäß Artikel 74 Landes-Verfassungsgesetz 2010 iVm §§ 82 ff Steiermärkisches Volksrechtsgesetz zur Klärung der geplanten Krankenhausneustrukturierung im Bezirk Liezen eine Volksbefragung im politischen Bezirk Liezen mit folgender Fragestellung durchführen:

Soll es im Bezirk Liezen anstelle der bestehenden drei Krankenhausstandorte in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming nur mehr ein zentrales „Leitspital“ geben?

Unterschrift(en):

LTAbg. Mag. Stefan Hermann (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Arnd Meißl (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ), LTAbg. Günter Wagner (FPÖ), LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ), LTAbg. Dr. Werner Murgg (KPÖ)